

Keine Ortszeitung, aber Informationen, die Sie haben sollten!

16. November 2023

## Sporthalle, Schule, Dorfsaal – nur mit langem Atem!

Ob sie Pflicht- oder freiwillige Aufgaben der Gemeinde heißen, ist eher eine formale verwaltungsrechtliche Angelegenheit, die natürlich auch beachtet werden muss. Unserer Fraktion geht es aber vor allem darum, die Vorhaben voranzubringen, die *notwendig* sind, eben Verbesserungen, auf die viele Bürger warten und hoffen. Ja, wenn es um Millionen geht, muss die Vorbereitung besonders gewissenhaft und mit genügend Vorlauf erfolgen. Aber das darf dann kein Verschiebehahn werden. Schon seit 2014(!) haben wir darauf gedrängt, den bereits damals problematischen Schulstandort Eggersdorf weiterzuentwickeln und zukunftsfähig auszubauen.

Leider hat es viel zu lange gedauert, den Neubau einer Zwei-Felder-Sporthalle an der Rotdornstraße tatsächlich anzuschieben. Hier werden jetzt bedarfsgerechte Bedingungen für den Schulsport und bessere Möglichkeiten für Vereins- und Freizeitaktivitäten geschaffen. Damit wird auch Platz frei, um endlich die Schule selbst erweitern zu können, so wie es heutige Standards für Bildungseinrichtungen längst erfordern. Das Ziel heißt nun Fertigstellung 2028.

Der denkmalgeschützte Dorfsaal am Petershagener Dorfsaal war nach der Umsetzung des Projektes „Angerscheune“ als kulturelle Begegnungsstätte maßgeblich auch auf unseren Druck immer im Blick der Gemeindevertretung, um auch dieses Gebäude zu sichern und wieder einer vielfältigen öffentlichen Nutzung zuzuführen.

So wurden schon im Jahr 2018 Konzepte und Ideen und der Kostenrahmen beraten. Mit der Entwicklung eines Quartierskonzeptes für den Dorfkern sowie der Möglichkeit und Bewilligung von Fördermitteln des Bundes ergeben sich für den Dorfsaal und den Dorfsaal nun reelle Chancen für bauliche Maßnahmen, die 2024 beginnen sollen. Ebenfalls verbessert werden auch Fuß- und Radwege im Bereich Dorfsaal/Lindenstraße bis zur Mittelstraße.

(Fortsetzung ...)

## Zeitenwende? Keine Rolle rückwärts!

von Kerstin Kaiser

Landtagsabgeordnete 1999-2016  
Leiterin Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung  
in Moskau 2016-2022,  
jetzt Mitarbeiterin in dieser Stiftung

Das „Doppeldorf“ Petershagen/Eggersdorf kann nach seinen dreißig Jahren neuerer Geschichte als Erfolgsmodell gelten: Ob jung, ob älter: Wer hier lebt, möchte bleiben. Neue Leute werden angezogen: Nicht nur Berlinnähe, sondern ein *Lebensort* mit guten Kinder- und Jugendeinrichtungen und Schulen, einem lebendigen Vereinsleben, Kultur und immer besserer Infrastruktur verspricht Familien mit Kindern eine Zukunft. Das ist keine Selbstverständlichkeit, sondern Ergebnis sachbezogener, kompetenter Kommunalpolitik in Gemeindevertretung und -Verwaltung, wo „Daseinsvorsorge“ nie den integrativen, sozialen Blick verlor, wo parteiübergreifend immer wieder Gemeinsamkeiten und Konsens ausgelotet und demografische Herausforderungen rechtzeitig angenommen wurden.

Klar, Petershagen/Eggersdorf ist keine Idylle. Rückblickend aber wurde um Interessen, Pläne und Projekte meist kulturreich und wertschätzend gestritten und entschieden: anders wären in Zeiten von Wende, Privatisierung und knapper öffentlicher Mittel weder die Schulzentren, noch Bauprojekte (Giebelseehalle, Straßen, Waldsportplatz, Strandbad, Bahnhofsumfeld), nicht Schulsozialarbeit und Treffpunkte für junge Leute und schon gar nicht die Qualität der Kinderbetreuung „freiwillig“ so gesichert worden. Die Ortsteile behielten ihren Charakter, ermöglichen freiwilliges Engagement. Dass man sich „um die Ecke“ kennt und hilft, gab und gibt Sicherheit in erneut unsicheren Zeiten.

Schon mit der Pandemie nahmen im Land die Zweifel zu, ob die Bundespolitik in die richtige Richtung gelenkt wird. Was aber bringt nun die verkündete „Zeitenwende“ mit ihrer beispiel-

losen Finanzierung von Bundeswehr, Militär und Aufrüstung als Priorität? Wegen des Krieges in der Ukraine (Russlands Überfall und westlicher Werte) wurde den Bundesbürgern ein neuer Kurs verordnet, mit allen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Folgen. Gebrochene Wahlversprechen (z. B. beim sozialen Wohnungsbau und der Kindergrundsicherung), eine umweltpolitische Rolle rückwärts, oben fröhliches Schuldenmachen, für die Unteren die Schuldenbremse. Haushaltsnotstände in Ländern und Kommunen sind absehbar. Die Bevölkerung soll zahlen, Rüstungs- und Energiekonzerne machen Rekordprofite.

Die Kanzlerrede vom 6. September zum Bundeshaushalt weist den Weg: „...ja, wir geben jetzt die 100 Milliarden Euro aus, damit die Bundeswehr ab dem nächsten Jahr 2 Prozent NATO-Quote an Finanzmitteln zur Verfügung hat. Und ja, schon jetzt, schon heute, ist klar, dass wir allerspätestens ab 2028 zusätzliche 25 Milliarden, vielleicht auch fast 30 Milliarden Euro für die Bundeswehr aus dem Bundeshaushalt direkt finanzieren müssen. Und deshalb dienen dem Ernst der Lage nicht Rhetorik und Popanz, sondern dass wir mit allem, was wir jetzt tun, dazu beitragen, dass wir in dem Jahr in der Lage sein werden, diese Haushaltsmittel auch aufzubringen. Wir garantieren der Bundeswehr 2 Prozent NATO-Quote auch 2028, 2029 und 2030, in den ganzen 30er-Jahren.“

Mit dieser *Garantie für Kriegswirtschaft* brennt aktuell die Frage, ob alles, was bisher im Ort gut ist, auch gut bleibt: Können wir weiter wunsch- und bedarfsgerecht bauen? Können wir die Finanzierung der Kinder- und sozialen (Fortsetzung ...)



(... Fortsetzung Sporthalle...)

Das ist ein Projekt von weiteren, die in der Gemeindevertretersitzung im September und Oktober beschlossen worden sind: Der Rad- und Gehweg mit einer neuen Brücke über das Mühlenfließ am Heuweg (Verbindung nach Fredersdorf und Bruchmühle, 2024/25), die weitere Sanierung des Dorfsaals (Petershagen) und das Wohngebiet „Alte Gärtnerei“ an der Landsberger Straße (Eggersdorf) sind uns wichtig, und nicht nur diese.

**Wir bestehen darauf, dass die nächste zu errichtende Kita für Kinder mit besonderem Förderbedarf und Behinderung sein soll. Die Besonderheit dieser Kita: Kinder mit und ohne besonderem Förderbedarf werden zusammen betreut. Bei 15 Kindern sind 3-5 mit besonderem Förderbedarf und/oder Behinderung. Für diese 15 Kinder werden drei Erzieher inklusive Heilpraktiker und Sonderpädagogen eingesetzt. Schon lange muss der Betreuungsschlüssel für alle Kitas verbessert werden.**

Auch wenn der Stand im Vergleich mit Nachbargemeinden nicht schlecht ist, sind Sozialberatung und mobile Jugendarbeit bei uns weiter auszubauen. Da bleibt viel zu tun und wir sind dabei.

Mit freundlichen Grüßen  
Thomas Kraatz, Fraktionsvorsitzender

(... Fortsetzung Zeitenwende?)

Einrichtungen weiter durchsetzen? Für wen werden Energie- und Heizkosten existenziell?

Solche Fragen verunsichern. Aber nur Wutparolen gegen „die da in Berlin“ oder „die da oben“ helfen nicht, sie nutzen der AfD, die dafür den Lautsprecher gibt, im Bundestag tatsächlich Aufrüstung und Sozialabbau mit durchgestimmt hat. Die Lasten sollen die Schwächsten tragen. Dass ihr Vertreter im Doppeldorf sich kaum hervortat, bedeutet nicht, dass das so bliebe.

**Das Grundgesetz verpflichtet Deutschland und seine Politiker auf Grundrechte für alle Menschen, Frieden und internationale Verständigung.**

Im Jahr 2024, wenn Kommunal-, Europa- und Landtagswahlen bevorstehen, sollten wir – frei nach Bertold Brecht – den Finger auf jeden Posten legen und prüfen, wer, wann, wie und warum abgestimmt hat, mit welchen Folgen für uns und kommende Generationen.

Jedenfalls: Nicht wählen gehen geht nicht. **Entscheiden Sie mit, welche Politik wir wollen. Das Licht am Horizont wird schließlich nicht heller, wenn man in die falsche Richtung fährt.**

## Barrierefreiheit schaffen Es klingt doch so einfach...

Die Behindertenbeauftragte der Gemeinde, Frau Agsten, berichtete der Gemeindevertretung im Juni, dass Bürger „noch keine wirkliche Entwicklung/Verbesserung der Barrierefreiheit in ihrem Wohnumfeld“ bemerken. Das gelte insbesondere für sichere Wege.

In der Tat, aus meiner Sicht ist es den Gemeindevertretern klar, dass es hier noch viel zu tun gibt und die Verwaltung zieht mit. Im zuständigen *Ausschuss für Bildung und soziale Infrastruktur* ist Barrierefreiheit ein Dauerbrenner. Doch nur mit „Anpacken“ lassen sich viele Probleme nicht lösen, wie alle Beteiligten inzwischen erfahren haben.

Hier und da einen Bordstein abzusenken, mag manchem helfen. Aber schon die Interessenlage der Bürger kann sehr unterschiedlich sein. Für viele Menschen akzeptable Schwerpunkte zu setzen, hat uns sehr beschäftigt und Zeit gekostet.

Öffentlich zugängliche Einrichtungen stehen nun nach ausführlicher Diskussion ganz vorn auf der Agenda. Es geht darum, insbesondere hier eine Verbesserung der Teilhabe und den Erhalt der selbständigen Lebensführung für Menschen mit physischer Behinderung und Personen mit Mobilitätseinschränkungen zu erreichen.

Im Ergebnis hat die LINKE schon im September 2021 eine Beschlussvorlage zur Schaffung einer entsprechenden Förderrichtlinie eingereicht. Für die Vorbereitung hat die Gemeindeverwaltung u. a. einen Praktikanten eingesetzt, um im Ort den konkreten Bedarf bei Firmen, Arztpraxen, kulturellen Einrichtungen, Restaurants usw. zu ermitteln. Die Ergebnisse sind sehr hilfreich.

Ein Entwurf der Förderrichtlinie von der Verwaltung lag Ende 2022 vor. Daran wurde mit viel Aufwand weitergearbeitet, auch weil mit einem solchen Papier extrem viele Klärungen und Formalien zu erfüllen sind. Diese hier aufzuzählen, würde eine ganze Seite füllen. Nicht zuletzt wird es dann auch Geld der Gemeinde kosten, vor allem bauliche Maßnahmen zu realisieren. Voraussichtlich noch in diesem Jahr soll das Werk beschlossen werden.

Da gibt es auch Lichtblicke im Dschungel der Vorschriften und Paragraphen: Gelungen ist zum Beispiel inzwischen

ein besserer Zugang zum Dorfsaal in Petershagen, indem einfach der Bürgersteig höher gelegt werden konnte.

Dr. Doris Bauer  
Ausschussvorsitzende

## Schaumschlägerei oder Was darf ich noch?

Nun gehen solche *Ansagen* schon zwei Jahre durch die Medien: „In Zukunft dürfen Neukunden des Wasserverbandes im Jahr nur maximal 37 m<sup>3</sup> Trinkwasser pro Person aus dem öffentlichen Netz entnehmen und es darf zeitweilig keine Bewässerung von Gärten erfolgen, auch nicht aus eigenen Brunnen, oder nur am Tage, oder, oder...“

Kein Zweifel, Wasser wird immer mehr zu einem knappen Gut und damit muss verantwortungsvoll umgegangen werden. Aber wer blickt da durch, wer *regelt* denn nun konkret etwas, bevor es im nächsten Sommer wieder heiß wird und vor allem, wie soll das praktisch funktionieren?

Die Bürger haben ihren Verbrauch schon deutlich gesenkt, wie der Verband bestätigt. Inzwischen vergeht viel Zeit. Was Sie und ich in Zukunft tun dürfen oder nicht, erscheint bis heute unklar. Wird Verbrauch über dem Limit etwa verteuert? Wie soll das technisch gehen? Oder kommt dann vielleicht nichts mehr aus dem Hahn?

Ganze Quartale wurden mit einer Diskussion vertrödelt, ob der Chef des Wasserverbandes ausgewechselt werden soll oder nicht. Die dort vertretenen Gemeinden haben ihre **Pflicht zur Sicherung der Grundversorgung** ihrer Bürger, ihre Daseinsvorsorge zu erfüllen! Die schon geänderte Verbandssatzung erlaubt manche Beschränkungen und Verbote – da will nicht nur ich gern **vor** dem nächsten Sommer wissen, was dann außer bei Neukunden noch läuft und wie das gehen soll.

Wilfried Hertel

ac erscheint ohne feste Reihenfolge.

Für unverlangt eingesandte Beiträge wird keine Haftung übernommen. Der Herausgeber behält sich Veröffentlichungen, ggf. in sinnwahren Auszügen vor.

<https://www.facebook.com/dielinke.petershagen.eggersdorf>

Hinweise und Informationen richten Sie bitte an:

Thomas Kraatz Elbestr. 5 15370 Petershagen	Wolfgang Zielke Bötzeestr. 120 b 15345 Eggersdorf
--	---

